

Bezugsbedingungen und Einzelnenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag

12. Oktober 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207.

Die Mörderhilfe in der bayerischen Justiz.

Kronzeuge Gademann gesteht den Zusammenhang. - Die Staatsanwälte im amtlichen Auftrag geholt.

München, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn der Dienstagssitzung des Femeauschusses nahm der Vorsitzende Bezug auf die Kritik, die der Ausschuss in der letzten Zeit in einem Teil der Münchener Presse betr. die Befugnisse und Zuständigkeiten der parlamentarischen Ausschüsse erfahren hat. Dieser Femeauschuss, sagte der Vorsitzende, ist eine verfassungsmäßige Einrichtung, die die Anerkennung aller Staatsbürger finden muß. Maßgebend für das Gesehene sind die Grundsätze der Strafprozedur.

Hierauf gab der Abgeordnete Mittelmann eine Erklärung wegen seiner am Montag gegen den Zeugen General Epp gebrauchten Worte ab (steigehaftes Benehmen). Er nahm seine Worte zurück, nachdem ihm durch einen Parteifreund, General von Schoch, die Mitteilung geworden sei, daß Epp seine Nichtachtung nicht allgemein denjenigen Ausschussmitgliedern zum Ausdruck bringen wollte, die sich für die Billigung seines (Epps) Verhaltens ausgesprochen hatten.

Der Vorsitzende verkündete hierauf die Reihenfolge der heute zu vernehmenden Zeugen. Sie begann mit dem Herzog Ludwig, dem Zuchthaussträfling Bracher, Gademann usw. Dagegen protestierte nun der Deutschnationaler Graef, indem er erklärte, daß durch diese Reihenfolge die bayerische Volkseule noch mehr ins Kochen gebracht würde. Der Vorsitzende erwiderte darauf, wie er aus rein formalen Erwägungen zu dieser Anordnung gekommen sei.

Abg. Bergsträßer (Dem.): Diese Erklärung ist nichts als eine lächerliche Provokation. (Zuruf rechts: Unverschämte!) Sie kann mindestens politisch nicht anders wirken. Wenn wir hier als Ausschuss Zeugen vernehmen, so tun wir das ohne Rücksicht auf ihre Person. Der Herzog Ludwig hat gegen seine Vernehmung nichts eingewendet und hat damit zum Ausdruck gebracht, daß er sich als Staatsbürger betrachtet.

Auf die Frage des Abg. Kempfes, ob jemand der Ausschussmitglieder gegen die Beschlussfassung, den Herzog Ludwig zu hören, Protest erhoben habe, erklärte der Vorsitzende, daß das von keiner Seite geschehen sei.

Abg. Landsberg: Nachdem von keiner Seite Widerspruch erhoben worden ist und alle Ausschussmitglieder seit Tagen von der Vernehmung des Herzogs unterrichtet waren, werden wir heute mit einer geheim entworfenen Erklärung des Deutschnationalen Graf überfallen. Und damit ist das Urteil über dieses deutschnationalen Mandat gefällt.

Abg. Graef beantragt, auf den Zeugen Herzog Ludwig zu verzichten.

Abg. Grohmann (Bayr. Sp.) erklärt sich damit einverstanden und fügt hinzu, daß auch für ihn diese Reihenfolge der Zeugenvernehmung unvertretbar ist. Er werde sich ebenso wie die Deutschnationalen an der eventuellen Vernehmung des Herzogs Ludwig nicht beteiligen.

Abg. Genosse Levi: Ich stelle fest, daß die volle Verantwortung für die Vernehmung dieses Zeugen auf die zurückfällt, die ihn durch ihre Empfehlung des Schweighart in die ganze Sache hineingebracht haben.

Abg. Stöhr (Böhl.): Man kann dem Herzog nicht zumuten, daß er sich von diesem Berichterstatter ausfragen läßt.

Der Vorsitzende weist dies zurück für den Fall, daß damit eine Mißachtung des Abg. Levi ausgesprochen sein soll.

Genosse Levi: Seit sechs Tagen habe ich fast ohne Unterbrechung täglich und stündlich die Bemerkungen des Abg. Stöhr angehört. Ich habe das ruhig angehört und hingekommen. Ich bin aber nicht hierher gekommen, um mich zum Objekt der Betätigung von Leuten machen zu lassen, deren gesellschaftliche Umgangsformen von den meinsten völlig abweichen. Der Vorsitzende hat alle Mittel in der Hand, gegen ein solches Mitglied des Ausschusses die anderen in Schutz zu nehmen, und ich erkläre, wenn ich diesen vollen Schutz nicht bekomme, so weigere ich mich, an diesen Verhandlungen weiter teilzunehmen.

Nach einigen beruhigenden Worten des Vorsitzenden beginnt auf Antrag des Abg. Schulte (S.) die Vernehmung des Herzogs. Die Ausschussmitglieder der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei und der Böllischen, mit Ausnahme des Berichterstatters Schäffer, verlassen den Sitzungssaal.

Der Vorsitzende empfängt den Zeugen mit den Worten: „Eure königliche Hoheit bitte ich, Platz zu nehmen.“ Der Zeuge, Herzog Ludwig, 42 Jahre alt, wird vereidigt. Er erklärt, daß er eines Tages von seiner Schwester, der Gräfin Törring, telefonisch angerufen worden sei, wobei ihm gesagt wurde, er solle doch möglichst einen aus politischen Gründen verfolgten jungen Mann, dem es schlecht ginge, unterstützen und anstellen. Ich antwortete, so erklärt der Zeuge, ich tue das ganz gern.

nur möchte ich wissen, ob der Mann anständig ist.

Um weiteres, vor allem um die Tatsachen seiner politischen Verfolgung, habe ich mich nicht gekümmert. Die ersten zwei Monate hat ich Schweighart in meinen während des Winters geschlossenen Hotelbetrieb. Er arbeitete hier nicht. Dann tat ich ihn zu einem Förster, wo er fleißig seiner Tätigkeit nachkam.

Vorsitzender: Es ging doch durch alle Zeitungen, daß die Sandmeier ermordet war und Schweighart des Mordes verdächtigt wurde.

Zeuge: Ich habe mich für diese Sachen nie interessiert. Ich wußte nicht, daß er wegen Mordes in Untersuchungshaft war. Ich fragte nur, ob er anständig sei, worauf ich die Antwort bekam: Der Mann ist absolut anständig.

Hierauf wurde die Vernehmung des Zeugen Herzog Ludwig abgeschlossen, worauf der Vorsitzende über einen Antrag abstimmen ließ, die Sitzung für kurze Zeit zu unterbrechen, da jetzt der Zuchthaussträfling Bracher vernommen werden sollte. Die Abstimmung ergab mit zehn zu zehn Stimmen die Ablehnung des Antrages, worauf die Deutschnationalen, die bei der Abstimmung nicht alle zur Stelle waren, eine neue Abstimmung erzwingen wollten. Dem wurde jedoch nicht stattgegeben, sondern in der Verhandlung fortgefahren.

Auf kurze Weisung des Vorsitzenden kommt Gademann an Stelle des Bracher als Zeuge in den Sitzungssaal. Der Vorsitzende weist ihn zunächst auf das von ihm in Anspruch genommene Zeugnisverweigerungsrecht hin und stellt fest, daß Gademann höchstens erst von dem Zeitpunkt seiner Rechtsanwaltschaftigkeit dieses Recht in Anspruch nehmen könne.

Gademann tritt aber dem entgegen und beruft sich auf eine Reihe Kommentare zu dem § 53, Abs. 2 der Strafprozedurordnung und überläßt ein Gutachten des Rechtsanwalts und kriminalistischen Sachverständigen Bonzoni zu dieser Frage. Mit dieser ganzen Frage wird sich der Ausschuss noch später zu beschäftigen haben.

Gademann gesteht.

Zunächst wird Gademann über die Heranzahlung der Staatsanwälte aus Augsburg gehört. Er erklärt, er habe im Falle des Zusam-Mordes das größte Vermögen der Einwohnerwehr, nämlich die Waffen, in Gefahr geglaubt. Infolgedessen hätte er sich mit dem Stabschef Kriebel besprochen, worauf sie gemeinsam zum Justizminister Dr. Roth gegangen sind.

Wir gingen, so berichtet der Zeuge, zum Justizminister, weil wir für unsere Waffenangelegenheiten Besorgnisse hegten.

Vors. Das verstehe ich nicht. Warum gingen Sie nicht zu einem anderen Minister, da der Justizminister doch mit Waffen garnichts zu tun hatte? Gingen Sie nicht etwa deshalb zum Justizminister, weil bereits der Verdacht aufgekommen war, daß mit dem Zusam-Mord das Auto der Einwohnerwehr im Zusammenhang stand?

Gademann: Es haben wiederholt Besprechungen mit dem Ministerium stattgefunden. In diesem Fall war es ein Kriminalfall.

Vors.: Das wollen wir ja gerade wissen. Was war denn das für ein Kriminalfall.

Obstruktion im Landtag.

Kommunistische Madauszenen.

Im Preussischen Landtag begann heute gegen 12 1/2 Uhr unter ungeheurem Tumult die zweite Beratung des Hohenzollern-Vergleichs. Abg. Bartels (Komm.) beschwerte sich zur Geschäftsordnung in einer Erklärung darüber, daß ihm die Abgabe einer Erklärung verweigert sei und kündigte schärfste Obstruktion der Kommunisten an. Unter großem Lärm der äußersten Rechten und der äußersten Linken sprachen dann nacheinander zur Geschäftsordnung die Kommunisten Winterich, Biedel und Kilia, wobei man von den Bänken der Kommunisten Worte wie „Verbrecherbande, Hurengeindel, haltet die Schnauze, Quatschweib, rote Hurenknechte“ hört. Als der kommunistische Abgeordnete Müller-Frankfurt den Präsidenten „Hausknecht der Hohenzollern“ nennt, wird er vom Präsidenten für die heutige Sitzung ausgeschlossen. Abg. Müller-Frankfurt verläßt darauf stillschweigend den Sitzungssaal.

Abg. von der Offen spricht sein tiefstes Bedauern darüber aus, daß es möglich gewesen sei, gegen die Hohenzollern in so gemeiner Weise vorzugehen. Sie würden die Anwürfe der Kommunisten mit stillschweigender Verachtung übergehen.

Abg. Pleß (Komm.) beantragt darauf Vertagung der Beratung des Hohenzollernvergleichs auf vier Wochen. Der Antrag wird abgelehnt. Ebenso ein kommunistischer Antrag, den Vergleich noch einmal dem Verfassungsausschuss zu überweisen. Die Geschäftsordnungsdebatte und die Obstruktion der Kommunisten dauert bei Redaktionsluß unter großer Unruhe des Hauses noch an.

Buchrucker gegen Gefler.

Erklärung vor dem preussischen Feme-Ausschuss. In der nichtöffentlichen Sitzung des Femeauschusses des Preussischen Landtages vom 30. September 1926 hat Major Buchrucker die folgende Erklärung abgegeben, deren Veröffentlichung nunmehr vom Ausschuss zugestimmt wurde:

Gademann: Der Zusam-Mord. (Bewegung im ganzen Ausschuss.) Vors.: Na, endlich. (Der Zusam-Mord ist der Mord an Hartung. Red. d. Vorm.)

Gademann: Wir fragten den Justizminister, ob es nicht möglich wäre, auf Waffenangelegenheiten der Einwohnerwehr beim Verfahren im Zusam-Mord Rücksicht zu nehmen. Nach meiner Erinnerung sagte dann der Minister, daß er keine Zeit habe, sich mit der Sache zu befassen. Wir sollten zu seinem Referenten gehen. Das geschah dann und wahrscheinlich bin ich dann bei Stauffer gewesen, den ich gut kannte.

Ich nehme an, daß Stauffer mir dann sagte: Holen Sie mir die beiden Staatsanwälte ins Justizministerium.

Vors.: Was sollte mit den Staatsanwälten verhandelt werden?

Gademann: Das weiß ich nicht. Vielleicht sagte man sich, es wird in Augsburg eine Untersuchung wegen des Zusam-Mordes geführt. Dabei spielt ein Auto der Einwohnerwehr eine Rolle, dessen Inhabers in Verdacht stehen. Es kommt aber noch das Interesse an Waffen in Frage, und es wäre vielleicht möglich, daß die Staatsanwälte auf diese Interessen Rücksicht nehmen. So wird es dem Sinn nach gewesen sein.

Vors.: Was sagten Sie denn zu den Staatsanwälten in Augsburg?

Gademann: Ich glaube mich zu erinnern, daß ich sagte, sie sollten ins Justizministerium kommen. Es ist möglich, daß ich hinzufügte, „in der Zusam-Sache“. Ich sprach bei Kriebel vor und dann bei Kraus und dann zusammen mit Kriebel bei Kraus. Die beiden Staatsanwälte unterhielten sich auf der Straße außer meiner Hörweite. Das war mir gesellschaftlich etwas peinlich. Deswegen erinnere ich mich an diese Einzelheiten. Ich hatte mir vorgenommen, auf der Fahrt nach München über die Zusam-Sache mit den Herren nicht zu sprechen und ich habe mich auch an diesen Vorfall gehalten.

Vors.: Es war doch aber merkwürdig, daß die Herren zu Gürtner kamen, und daß dort keine Silbe von der Waffenfrage, also ihrem eigentlichen Zweck, gesprochen wurde. Damit war doch Ihrer Intervention in keiner Weise gedient?

Gademann: Für mich war diese Sache erledigt, als ich die Staatsanwälte ins Ministerium gebracht hatte. Für mich gab es von diesem Zeitpunkt an schon andere wichtigere Dinge.

Genosse Levi: Ist Ihnen die Erlassung der Haftbefehle am 13. März auf der Fahrt nach Augsburg bekannt gewesen?

Gademann: Daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

Levi: Wer hat Sie ins Bild gesetzt, daß der Zusam-Mord mit der Einwohnerwehr in Verbindung gebracht wurde?

„Zu meinem Bedauern darf ich über die Vorgänge des Jahres 1923 nicht eingehend aussagen. Mich hindert erstens ein Schweigegebot des außerordentlichen Gerichts in Kottbus, zweitens meine Verpflichtung der Reichswehr gegenüber. Der Reichswehrminister hat zwar am 13. August d. J. zu einem meiner Vertreter gesagt: von mir aus kann sich Buchrucker an die Entente und an Polen wenden, das ist mir völlig gleichgültig — ich fühle mich aber durch diese Äußerung von meiner Bindung nicht befreit. Wenn diese Bindungen beseitigt sind, dann werde ich nur in öffentlicher Sitzung aussagen.“

Der Grund ist folgender: In meinem Prozeß habe ich die Verantwortung für alles auf mich genommen und diese Rolle bis heute beibehalten. Ich habe aber inzwischen erfahren, daß einige beteiligte Offiziere und der Reichswehrminister es damit nicht genug sein ließen, sondern mich unter Bezug auf die geheime Gerichtsverhandlung mit ehrenrührigen Vorwürfen bedacht haben, ohne mich zu hören und ohne meinem Antrag, mich zu hören, stattzugeben. Ich war bereit, mir den Kopf abschlagen zu lassen. Ich bin nicht bereit, mir die Ehre abschneiden zu lassen. Alle Wege zu einer gütlichen Bereinigung sind mir durch den Reichswehrminister versperrt. Ich bin sehr genötigt, durch gerichtliche Mittel Klarstellung zu erzwingen. Ich habe gegen meine Beleidiger, soweit sie nicht durch den § 193 des Reichsstrafgesetzbuches geschützt sind, Beleidigungsklagen und gegen den Obersten von Bod außerdem eine Anzeige wegen Meineides beziehungsweise wissentlich falscher dienstlicher Meldung erstatten müssen. Ich hoffe ferner, durch einen in Vorbereitung befindlichen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens eine Klarstellung meiner Handlungsweise zu erreichen. Ich empfehle Ihnen, meine Damen und Herren, die Prozesse zu verfolgen und zu bewirken, daß sie öffentlich stattfinden. Hier aber habe ich vor Beseitigung der erwähnten Bindungen keine weitere Aussage zu machen.“

Gademann: Da nehme ich Bezug auf mein Zeugnisverweigerungsrecht.

Landsberg: Ich kann mir nicht erklären, daß es sich bei dieser Frage um etwas Anvertrautes im Sinne des Gesetzes handelt.

Levi: Ist Ihnen das vielleicht von Braun vorher mitgeteilt worden?

Gademann: Ich verweigere die Antwort.

Levi: Wer gab die Anregung zu der Besprechung bei Roth? Bieleicht Braun, Breuer oder sonst jemand?

Gademann: Nein. Die Besprechungseinzelheiten bezieht sich für mich und stellte das meinem Stabschef Kriebel vor.

Levi: Sind Ihnen noch andere Fälle bekannt, in denen die Einwohnerwehr in dieser Weise interveniert hat?

Gademann: Ich weiß nicht, ob noch in anderen Fällen Interventionen stattgefunden haben. Ich kann mich nicht erinnern.

Levi: Welche Begründung gaben Sie dem Ministerreferenten Stauffer, daß die Sache von solcher Eile sei?

Gademann: Damals brannte es uns täglich auf den Fingern.

Levi: Warum wurden die Staatsanwälte bis zuletzt in dem Glauben gelassen, sie kämen zum Minister?

Gademann: Das weiß ich nicht mehr.

Abg. Kempf: Hatten Sie noch andere Vertretungen, bevor Sie Rechtsanwalt waren?

Gademann: Ja, wann der Auftrag von Braun und Breuer an mich ergangen ist, weiß ich nicht mehr genau.

Kempf: Wie kommt es dann, daß ein so bedeutender Jurist — wir haben nämlich den Eindruck gewonnen, daß Sie sich für einen solchen halten — sich lediglich für eine Botenrolle, um die Staatsanwälte zu holen, hergibt, denn es war doch eine Botenrolle, denn Sie haben mit den Staatsanwälten ja gar nichts Näheres besprochen.

Gademann: Ja, es waren eben außergewöhnliche Zeiten. Bei der Post gab es kein Post- und Telegraphengeheimnis mehr.

Abg. Landsberg: Haben Sie sich nachträglich erkundigt, ab nach der Unterredung im Ministerium die Gefahr für die Einwohnerwehr vorüber war?

Gademann: Das weiß ich nicht mehr.

Landsberg: Haben Sie später bei amtlichen Stellen in anderen Angelegenheiten dieser Art irgend etwas unternommen, um die Einwohnerwehr zu schützen?

Gademann: Das weiß ich nicht mehr.

Die Verhandlung dauert fort.

Drohung mit dem Reichslandbund. Deutschnationales Echo der Koalitionssehnucht der Volkspartei.

Die „Deutsche Tageszeitung“ warnt mit erhobenem Finger die Volkspartei: laß nicht vom Zentrum dich umgarnen! Sie droht, daß der Reichslandbund gegen die Volkspartei in Bewegung gesetzt werden würde, wenn die Volkspartei in eine Koalition mit der Sozialdemokratie in Preußen gehen sollte:

„Wir brauchen kaum zu wiederholen, daß wir es für ein Unglück halten würden, wenn die beiden großen Parteien, die in so besonderem Maße die Träger der deutschen Wirtschaft und zugleich des nationalen Gedankens sind, von neuem in Zwiespalt und Kampf miteinander geraten. In weitesten landwirtschaftlichen Kreisen würde man eine Politik, welche die bei weitem stärkste parlamentarische Vertretung der Landwirtschaft von der Teilnahme an der Regierung trotz ihrer Bereitschaft ausschließt, um sich mit der Sozialdemokratie zu verbünden, nicht nur als unbillig, sondern auch als eine schwere Unfreundlichkeit gegen den landwirtschaftlichen Berufsstand empfinden; zugleich aber als unheilvoll für unsere wirtschaftliche und politische Gesamtentwicklung.“

Da warnt ein Regierungssehnüchtiger den anderen, indem er angeblüche landwirtschaftliche Berufsinteressen vor die

politischen Absichten der Deutschnationalen schiebt. In die Regierung wollen beide, aber der eine ruft dem anderen zu: nicht ohne mich!

Richterverein und Richterbund. Doppelmitgliedschaft möglich. — Eine Entschlieung über Magdeburg.

Kassel, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der fünfte preussische Richtertag tagte am Montag unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Es wurde zunächst über Gesetzgebungsfragen verhandelt, so über den Stand der Strafrechtsreform, über den Professor Klee-Berlin berichtete. Dann wurde ein Bericht über die Neuorganisation des Arbeitsgerichtswesens gegeben, worin gefordert wurde, daß die Arbeitsgerichtsbarkeit unbedingt der ordentlichen Justiz mit eingegliedert werden müsse. Ein drittes Referat befaßte sich mit der Aufwertung in der Praxis. Zu allen Referaten wurden entsprechende Entschlüsse angenommen. Ueber Mittag behandelte der Richtertag die Magdeburger Angelegenheit. Ueber diese Beratung findet sich in dem offiziellen Bericht, den die Telegraphenunion für den Richtertag verbreitet, kein Wort als nur die Entschlieung, die zu dieser Frage gefaßt und angenommen wurde, in der u. a. zum Ausdruck gebracht wird, daß es bei der Fälle von Zweifel und Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen den beteiligten Behörden über die Kompetenzverteilung ergeben haben, unbedingt erforderlich erscheine, daß nach gerichtlichem Abschluß der Angelegenheit die Grenzen zwischen den Befugnissen der Behörden, vornehmlich des Gerichts und der Polizei, bestimmter als bisher festgelegt werden. Hinsichtlich der Schuldfrage sei, so heißt es in der Entschlieung weiter, nicht nur zu untersuchen, ob auf richterlicher Seite, sondern auch ob auf polizeilicher Seite Verfehlungen begangen worden seien.

Im stark freierten Bericht der Telegraphenunion steht auch nicht eine Zeile von der heftigen Auseinandersetzung, die es gab, als der Fall Grohmann noch einmal erörtert wurde im Zusammenhang mit der Frage, ob der Paragraph des Statuts, der eine Doppelmitgliedschaft (Richterverein und Republikanischer Richterbund) verbietet, wirksam ist oder aufgehoben werden soll. Hierbei machten sich starke reaktionäre Kräfte bemerkbar, die von einer Annäherung des Richterbundes nichts wissen wollten und sich mit aller Entschiedenheit gegen den Antrag wehrten, der diesen Paragraphen ruhen lassen will, bis eine Einigung mit dem Richterbund erzielt worden sei.

Von den Vertretern dieses Antrages wurde wiederholt darauf verwiesen, daß der Augenblick zu Verhandlungen günstig sei, da der Richtertag durch seine Entschlieung für Republik und Verfassung den Boden vorbereitet habe. Als die Sprache auf den Ausschluß des Senatspräsidenten Grohmann kam, wurde von den demokratisch eingestellten Vertretern des Richtertages mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß hinter Grohmann eine ansehnliche Macht stünde: die gesamte Presse der Linken und Demokraten und das Reichsbanner, das mehrere Millionen Deutscher umfasse. Auf die Dauer sei ein Widerstand gegen diese Faktoren für den Richterstand untragbar.

Nach mehrstündiger Debatte wurde der Antrag, nach dem der umstrittene Paragraph ruhen soll, mit erheblicher Mehrheit angenommen.

Die Meineidsklage als politische Waffe.

Aus den Dunkelheiten der Thüringer Ordnungsjustiz.

Weimar, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag begann vor dem Schwurgericht Weimar der Meineidsprozess gegen den früheren Staatsanwalt Dr. Frieders, der seinerzeit die Anklage im Prozess gegen den Staatsbankpräsidenten, Genossen Loebe, vertreten mußte. Das ganze Verfahren dreht sich darum, ob Frieders einen Antrag auf Einstellung eines Meineidsverfahrens gegen Loebe gefasst hat oder nicht. Zur Erörterung kam zunächst die Frage, warum Frieders nicht damals in der Verhandlung gegen Loebe seiner Ueberzeugung entsprechend

die Freisprechung beantragt hat. Frieders gab zu, formal dazu berechtigt gewesen zu sein, materiell aber sei es nicht in seiner Macht gewesen. „Es waren eben damals keine normalen Verhältnisse in Thüringen“, erklärte der Angeklagte und wies damit auf die dunklen Regenschatten der reaktionären Regierung gegen Loebe hin, wobei man nicht davor zurückschreckte, den Oberstaatsanwalt zu einer Meineidsanfrage wider bessere Ueberzeugung zu zwingen. Im jetzigen Prozess bemüht sich gleich am ersten Tage das Gericht und die Staatsanwaltschaft ängstlich, eine Erörterung darüber zu vermeiden, weshalb Frieders seinerzeit nicht Freisprechung Loebes beantragte. Frieders selbst scheint bereit zu sein, darüber Klarheit zu schaffen. Die Belastungszeugen, die das Gericht aufmarschieren ließ, vermochten kaum etwas wirklich Belastendes vorzubringen. Genosse Deebberg, Redakteur unseres Parteiorgans in Jena, bekundete vielmehr, daß Staatsanwalt Fioel seinerzeit Kleinlaut erklärt habe: „Ich muß die Möglichkeit zugeben, daß das Urteilstück mit dem zweiten Antrag (auf dem das Meineidsverfahren beruht) nicht mehr das Zimmer des Oberstaatsanwalts passiert hat.“ Auch der Vorfigende im Loebe-Prozess hat in das amtliche Protokoll eingefügt: „Ich weiß nicht, ob der Staatsanwalt den geänderten Antrag gesehen hat.“ Am Dienstag wird Staatsanwalt Fioel selbst als Zeuge erscheinen.

Minister Dr. Bell in Mainz.

Fort mit den Reipetischen und den Revolvern.

Der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Bell, traf am Montag nachmittag in Begleitung des heftigen Staatspräsidenten, Genossen Ulrich, in Mainz ein, wo er in einer mehrstündigen Besprechung von Vertretern der Behörden, der Wirtschaft, der Arbeitnehmerorganisationen usw. die Wünsche des besetzten Heffens entgegennahm. In einer Ansprache erklärte Dr. Bell, daß im Reichskabinett über die Fortführung der Außenpolitik eine einmütige Auffassung herrsche; sie könne nur im Geiste der Versöhnung geführt werden mit dem Ziel einer raschen Befreiung des Rheinlandes. Die Regierung werde immer wieder den Standpunkt vertreten, daß nach Locarno und Genf die Aufrechterhaltung der Befugung jeder Rechtsgrundlage entbehre. Die Forderung Briand's: „Fort mit den Kanonen!“ müsse ein weiteres Echo finden: Fort mit den Reipetischen, den Revolvern, fort mit der Befugung!

Hitler-Offizier und Kommunistenfürher.

Eine interessante Freundschaft.

Die Berliner Polizei hat den aus dem Hitler-Putsch bekannten völkischen Führer Hauptmann a. D. Römer verhaftet. Als Römer festgenommen wurde, befand er sich gerade, wie die „Völkische Zeitung“ zu melden weiß, in einem Café im Gespräch mit dem Leiter der Nachrichtenorganisation der Kommunistischen Partei. Auch dieser und ein weiterer kommunistischer Agent wurden in Haft genommen. Bei dem Kommunistenfürher wurde interessantes Material beschlagnahmt. Der unter dem Verdacht des Fememordes verhaftete Hauptmann Römer gab bei seiner Vernehmung an, er kenne den Kommunisten erst seit wenigen Tagen und habe keine weiteren Beziehungen zu ihm. Die Polizei glaubt jedoch, daß das Zusammentreffen der Beiden kein ganz zufälliges war.

Die internationale Rohstahlgemeinschaft.

Kontrolle durch eine neutrale Treuhändergesellschaft.

Luxemburg, 11. Oktober. (B.Z.) Die Kontrolle über die künftige Stahlproduktion der Internationalen Rohstahlgemeinschaft soll neben dem in Luxemburg einzurichtenden Organismus einer neutralen Treuhändergesellschaft, welche hinreichend leistungsfähig und zuverlässig ist, übertragen werden, damit alle Garantien für die gewissenhafte Anwendung der Kartellvorschriften gegeben seien.

Akademie der deutschen Geistesarbeiter.

Ein Projekt von Arno Holz.

Im Frühling dieses Jahres wurde bekanntlich der Preussischen Akademie der Künste eine Sektion für Dichtkunst angegliedert. Zu den in die neue Sektion berufenen Mitgliedern gehörte auch Arno Holz. Dieser begnügte sich nicht damit, auf seine Willensart ein „M. d. A.“ setzen zu lassen, sondern tat, worauf bisher noch niemand gekommen war: er nahm die Sache ernst. Er studierte das Statut der Akademie und stellte fest, daß in ihm ein veraltetes Polizeipreussentum vorherrschte, das die Akademie fast zu einer tragikomischen „Genossenschaft armer Schlucker“ mache, die keine selbständigen Befugnisse hätte und im Grunde nichts weiter sei, als eine dem Kultusminister unterstellte Subalternbehörde.

Arno Holz hätte nicht Lust, sich dieser „von einer leisen Komit unwillkerten Korporation“ willkürlich einzuordnen. Er sann darüber nach, wie die Akademie, um aktionsfähig zu werden, um- und ausgestaltet werden müsse, und er gelangte zur Ausarbeitung eines Statutenentwurfs, der die bisherige preussische oder richtiger Berliner Akademie in eine Deutsche Akademie der Künste verwankele. Diese Deutsche Akademie soll aus fünf Sektionen (Kritik, Bildhauer, Maler, Dichter, Musiker) bestehen. Sie ist die vom Reich autorisierte Vertretung der gesamten deutschen Kunstschaffenden, deren materielle und ideelle Interessen sie wahrnimmt. Sie verwaltet sich als autonome Körperschaft selbst. Sie gibt sich ihre Arbeitsaufgaben selbst. Sie stellt sich sämtlichen deutschen Kunstbehörden und Kunstverwaltungen freiwillig zur Verfügung, ist aber nicht in jedem Einzelfall verpflichtet, den an sie gerichteten Wünschen zu entsprechen.

Diesen Entwurf legte Arno Holz mit einer ausführlich begründenden Denkschrift dem preussischen Kultusminister vor und bat, zu ihm möglichst rasch Stellung zu nehmen. Der Minister antwortete ausweichend und Arno Holz tritt nun mit seinem Projekt an die Öffentlichkeit. Er wendet sich an die Mitglieder der Preussischen Akademie der Künste und an die Vorsitzenden sämtlicher deutschen und deutschösterreichischer Künstlervereinigungen mit der Bitte, sich auf den Boden seiner Denkschrift zu stellen und ihm, als Beweis dafür, „auf einer ersten besten Postkarte nichts als ihren Namen zu schreiben.“ Man werde dann einen Antrag an den Preussischen Landtag und an den Deutschen Reichstag ausarbeiten haben, der mit Unterstützung von Parteien und Politikern durch beide Häuser Gesetzeskraft erhalten werde.

Aber diese Deutsche Akademie der Künste soll nur ein Anfang sein. Den deutschen Künstlern — so hofft Arno Holz — werden die deutschen Wissenschaftler folgen und diesen werde sich wieder die gesamte deutsche Technik anschließen. Diese drei Akademien sollen dann — vereint — eine dreiteilige einzige Akademie bilden, die „Akademie der deutschen Geistesarbeiterschaft“.

Arno Holz schließt seinen Aufruf mit den Worten: „Das Krieseheer der deutschen Handarbeiter sieht in so gut wie bereits geschlossener Einheitsfront da; und wer heute noch glauben würde, er könne sich — als Pygma, der er ist — über die Kraft und den Willen dieser Millionen, die sich ihrer Kraft und ihres Willens bewußt geworden sind, nonchalant hinwegsetzen, würde die übeln Folgen dieses seines Vermisses recht bald an sich zu verspüren bekommen! Anders die nicht minder wichtige, ja in diesem sogar noch wichtigere, wenn auch naturgemäß nicht nach solchen Enormzahlen zählende Gruppe der deutschen Kopparbeiter. Und unter diesen wieder, als die wichtigste, die der mehr oder minder eigentlich geistig Schöpfenden! Dieses Häuflein trotzdem immer noch nach Hunderttausenden zählender, zersplittert noch immer in tausende viele Einzelorganisationen und Einzelorganisationsformen, die sich außerdem oft auch noch zum Elend gegenseitig bekämpfen, stellt — um ein Bild zu gebrauchen — gegenwärtig eine amorphe chemische Lösung da, der nur noch das sie aus ihrer chaotischen Ohnmacht befreiende Reinstäubchen fehlt, um sie, in sozusagen einem Reu, zum wohlgeordneten, funktionsfähigen, wehr- und widerstandsfähigen Kristall zu formen. — Und nun, Ihr, meine Herren, Ihr Künstler, meine Brüder: Eure Namen! Eure Namen! Eure Namen! Eure Namen, die in der Geschichte unserer wirtschaftlichen endlichen Selbstbefreiung Euren Enten und Euren Urrenten auf geforderter Tafel als Ehrentiteln leuchten sollen.“

„Aus der Welt des Arbeiters“ hatte der „Berliner Volkschor“ das in der Singakademie veranstaltete Konzert genannt, das durch ein geschmack- und sinnvoll ausgeführtes Programm in ein neu zu erschließendes Gebiet einführen wollte. Dichtungen und Kompositionen wurden dargeboten, die sich das Ziel setzten, das Seelenleben des Arbeiters, seine Wünsche und Hoffnungen, sein Streben und seine Sehnsucht in Wort und Ton auszudrücken. Ein solcher Versuch ist immer auf das freudigste zu begrüßen. Er gibt dem innigsten Verlangen Ausdruck, den Arbeiter immer mehr in die Welt der Kunst heimlich werden zu lassen. Unter der Leitung ihres Dirigenten Dr. Jander gab die A-cappella-Bereinigung durch den Vortrag von Kompositionen von Eschbach, Brund, Walden, Tichen, Weigmann und Jörn einen erneuten Beweis ihres Könnens und ihrer erfreulichen musikalischen Kultur. Zwar klang der Sopran etwas dünn. Aber dieser Mangel verschwand neben den vielen Vorzügen des Chors: vor allem seiner Disziplin und seiner sehr guten Aussprache, die den Wortlaut der Lieder bis in den fernsten Winkel des Saales verständlich machte. Befonders ergreifend und tonförmig wurde Bruno Schönlians „Kranzenhaus“ in der tiefen, schönen Vertonung dargeboten. Das sehr bekannte „Wenn wir schreiten Seit an Seite“ mag durch den Vortrag des Chors vielen wie eine Offenbarung geklungen haben. Der zweite Teil des Programms wurde ausgefüllt durch das „Arbeiterleben“ von Ludwig Bessen. W. Jörn hat zu der eindringlichen Dichtung die Musik geschrieben. Einige malle Stellen konnten den wirksamen Gesamteindruck nicht beeinträchtigen. Der anwesende Komponist erntete reichen Beifall. An Stelle des verhinderten Herrn Kausler regierte Lilla Durie u. Dichtungen aus der Welt des Arbeiters. Dr. L. M.

La Argentina. Man nennt sie Spaniens größte Tänzerin. Eine vorläufige, heißblütige, raffige Reflektierte ging ihr voran. Was sie im überfüllten Blüthenersaal zeigte, war spanischer Volkstanz, durch virtuose, gut kalkulierte Effektlichter aufgehellt, für die Bühne zurecht gemacht. Nicht für die Bühne des strengen Kunststanzes, sondern fürs Brett. Kunst leichtesten Genres, bei deren Genuß man heiter angeregt, sein Glaschen trinken und sein Abendessen verzehren kann. Vor den ernstschlichten Draperien des Blüthen-Podiums wirkte sie still. Stillos auch die Klavierbegleitung, wo Gitarre und Bandoneon am Platz gewesen wären, neben der padenden, suggestiven, stimmungsmächtigen „Geräuschmusik“ der wundervoll gebauchhabten Kastagnetten. Am stärksten die musikalische „Seguidilla“, die Urform aller spanischen Volkstänze, von der die anderen, der Habango, der Bolero usw., letzten Endes nur Modifikationen sind. Eigentlich ein Gruppenstanz, von der Argentina zum Solo umgewandelt und mit seinem tapriziösen Wechsel von schwebenden Tänzen, lärmendem Wirbel und würdevollen Promenadenschritten sehr reizend produziert. „Blen parado“ nennen die Spanier die Schlusstatuten ihrer Volkstänze, auf deren materielle Gestaltung sie viel Sorgfalt verwenden. Die Tänze der Argentina sind eine fortgesetzte Reihe solcher Attitüden, untereinander verbunden durch dekorative und pantomimische Girlanden von weichen, auf- und ab-schwellenden oder nerds perlenden oder kraftvoll anstürmenden und jäh abbrechenden Pas. Sie wirken oft wie ein Kampf mit unterirdischem Feuer, das jeden Moment hervorbricht und wieder unterdrückt wird. Bewundernswert die Technik der Arme und Hände und des elastisch schmiegsamen Oberkörpers. Natürliches tänzerisches Temperament, Schmitz und Berde unverfälscht. Das Ganze aber nicht ins Innere dringend. Ein schönes Spiel. Kein seelisches Gestalten. J. S.

Erfinder und Menschenfreund. Der berühmte Pionier des Flugzeugbaus, Santos Dumont, hat sich geweigert, ein sehr günstiges Angebot anzunehmen, das ihm die brasilianische Regierung gemacht hatte. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß Santos Dumont seiner Regierung erklärt habe: „Ich will nicht, daß meine Erfindungen zur Zerstörung der menschlichen Zivilisation verwendet werden. Ich lehne daher ab, das mir angebotene Kommando über die brasilianischen Luftstreitkräfte zu übernehmen.“ Es wird weiter berichtet, daß der bekannte Ingenieur einen neuen Kleinmotor erfunden habe, der mit Schwereöl betrieben wird; die angebotenen Versuche haben zu recht guten Ergebnissen geführt. Die Erfindung ist deshalb von großer Bedeutung, weil die schlechtbrennenden Schwereöle die Flugzeuge vor Feuergefahr schützen, wie sie die Verwendung anderer Motore immer mit sich bringt. An dem Motor ist auch die Zylinderführung bemerkenswert, die besonders günstig gestaltet worden sein soll. Der neue Kleinmotor ist sehr stabil und soll ohne Schwierigkeiten 8000 Umdrehungen liefern können.

Ungewöhnliche Vorkellungen für Erwerbslose. Die Volkshilfe G. B. wird in den nächsten Monaten mehrmals in jeder Woche einige hundert Blöde in ihrem Theater am Broadway völlig unentgeltlich Erwerbslosen überlassen. Die Verteilung erfolgt durch die gewerkschaftlichen Organisationen.

Die diesjährige Reichstags-Veranstaltung der Dampfenvereinsgesellschaft findet am 31. Oktober, nachmittags 4 Uhr, statt.

Die russische Parteikrise.

Vor dem Ausschluß der Opposition?

In verschiedenen Blättern waren Meldungen verbreitet, daß in Rußland zwischen der Opposition und der Parteimehrheit unter Stalin eine Verständigung vorbereitet werde. Trotzdem offizielle Meldungen der russischen Regierung dazu nicht vorliegen, möchten wir eine solche Entwicklung für außerordentlich unwahrscheinlich halten. Die letzten Wochen und Tage haben im Gegenteil eine deutliche Verschärfung der innerparteilichen Situation in der kommunistischen Partei Rußlands gebracht. Am 1. Oktober traten fast sämtliche Oppositionsführer zum ersten Male in einer Versammlung der kommunistischen Zelle des Betriebes *Wopribor* in einer Diskussion auf, die sich bis in die Nachtstunden hinein ausdehnte. Dieses Vorgehen der Oppositionsführer wirkte wie ein Fanal. Es wurde in spaltenlangen Berichten in der Sowjetpresse darüber berichtet. Männer wie *Trozkij* und *Sinowjew* wurden dabei ungefähr in demselben Stile behandelt, wie die „Rote Fahne“ sozialdemokratische Parteiführer behandelt, wenn sie über irgendeine Versammlung berichtet. Auf dies erste Auftreten sind Dutzende von weiteren Versammlungen gefolgt. *Sinowjew* ist in *Weningrad* in der kommunistischen Parteizelle der *Putloff*-Werke aufgetreten. Überall blieb die Opposition nach den offiziellen Berichten, denen andere Informationen nicht gegenüberstehen, in der Minderheit. Es geht aber aus den Meldungen der „Pravda“ hervor, daß augenblicklich in jeder Parteiversammlung die Opposition auftritt, daß sie dabei durch ihre Führer, aber auch durch mittlere und niedere Parteifunktionäre vertreten ist. Eine Einheitlichkeit in der Leitung der Opposition, an deren Spitze jetzt ganz offiziell *Leo Trozkij* steht, ist unverkennbar. Zur Abwehr veröffentlicht die „Pravda“ spaltenlange Resolutionen zugunsten der Parteiführung, die mit und ohne Bestätigung aus allen maßgebenden Organisationen reichlich eintrifft. Für russisch-kommunistische Vorstellungen ist das Auftreten der Opposition ein ungeheurer Skandal. Es ist ausgeschlossen, daß nach diesen Vorgängen die Oppositionellen noch weiter führende Stellungen bekleiden und Mitglieder des Zentralkomitees bleiben können. Auf den 11. Oktober war daher eine Sitzung der zentralen Kontrollkommission einberufen, die das Verhalten der Oppositionellen unter dem Gesichtspunkt der Parteidisziplin nachprüfen soll. Es ist nicht einzusehen, wie die Kontrollkommission anders entscheiden soll, als auf Verlust der Mandate zum Zentralkomitee. Dementsprechend wird auch die Parteikonferenz, die am 25. Oktober zusammentritt, entscheiden müssen. Die Opposition wird vielleicht noch nicht endgültig aus der Partei ausgeschlossen, sicher aber an den Rand der Illegalität gedrängt werden. Von da bis zur polizeilichen Verfolgung ist der Schritt in Rußland nicht mehr weit. Daß das Problem freilich durch das Eingreifen der Tscheka gelöst werden könnte, das mag zwar dem Berliner Organ der russischen Regierung glaubhaft erscheinen, aber selbst Stalin wird trotz seines sprichwörtlichen Optimismus solchen Optimismus kaum teilen. Der Kampf wird weitergehen — die Diktatur bleibt nicht ewig.

Sür Thoiry.

Die Vorarbeiten gehen weiter.

Paris, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Montagabend wurde amtlich erklärt, daß im Anschluß an die Besprechungen von Thoiry die Arbeiten der Sachverständigen sowohl auf französischer Seite wie auf deutscher Seite weiter gegangen seien. Beide Regierungen arbeiteten vorläufig getrennt an der Aufstellung eines Gesamtplanes und an der Feststellung solcher Punkte, die gegebenenfalls Gegenstand von Zugeständnissen von der einen oder anderen Seite werden könnten.

Diese amtliche Erklärung der französischen Regierung ist sicher zurückzuführen auf Meldungen, die davon sprachen, daß zwischen Poincaré und Briand Unstimmigkeiten aufgetreten seien, die ferner wissen wollten, daß in den Verhandlungen zwischen Paris und Berlin kein weiterer Fortschritt zu verzeichnen sei.

Vor einer Kabinettskrise.

Paris, 12. Oktober. (W.T.B.) Die radikale „Bolomé“ meldet, daß der Pensionsminister Louis Marin aus dem Kabinett austreten werde, wenn die notwendigen Vorbehalte über die Sicherheitsklauseln nicht bei der Ratifizierung des Schuldenabkommens mit den Vereinigten Staaten in den Text des Abkommens eingefügt würden. Diese Stellung des Führers der stärksten rechtsstehenden Partei sei von großer Bedeutung. Das Blatt spricht auch davon, daß der frühere Kriegsminister Maginot sich dem Standpunkt Marins angeschlossen habe. Poincaré denke deshalb daran, die Ratifizierung des Abkommens sogar bis über den 1. Januar 1927 hinauszuschieben.

Abbau der Ordnungen.

Die Rheinlandkommission der Befehlsmächte hat den zuständigen deutschen Stellen einen Plan der Generalrevision der Ordnungen (Verordnungen) mitgeteilt. Bereits in jenem Reformprogramm, das im Anschluß von Locarno aufgestellt worden war, ist die Milderung dieser Bestimmungen vorbehalten. Nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hat nunmehr die Rheinlandkommission den erwähnten Plan übermittelt und der Reichskommissar für die besetzten Gebiete ist damit beschäftigt, die Zustimmung der in Betracht kommenden deutschen Stellen zu diesen Vorschlägen einzuholen.

Die Verhandlung über Germersheim.

Erst Mitte November.

Paris, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Hanoverung aus Landau in der Pfalz soll die Gerichtsverhandlung wegen der Zwischenfälle von Germersheim gegen Mitte November stattfinden. Die Vernehmungen der vom deutschen Untersuchungsrichter zu benennenden Zeugen durch die französischen Gerichtsbehörden sollen in den nächsten Tagen beginnen. In der gleichen Meldung wird behauptet, die deutschen nationalistischen Geheimverbände hätten in den letzten Wochen der Anwesenheit des 311. Artillerieregiments in Germersheim die Zwischenfälle gehäuft, um dann die bereits längst beschlossene Verlegung des Regiments nach Verdun als eine Strafverlegung hinstellen zu können. „Eclair“ stellt die Behauptung auf, die deutschen Geheimverbände führten eine schwarze Liste französischer Offiziere und Zivilpersonen des besetzten Gebietes, auf der natürlich auch Leutnant Rouzier verzeichnet gewesen sei.

Orkan über Meer und Land.

Zahlreiche Todesopfer in der Nordsee.

Der Orkan vom Sonntag flaut erst allmählich ab; er hat schweren Schaden an der gesamten deutschen und holländischen Nordseeküste angerichtet. Viele Menschenleben sind bereits vernichtet, ohne daß natürlich die gesamten Verluste zurzeit zu übersehen sind. In letzter Stunde kommt aber auch aus Steettin die Nachricht eines schweren Unwetters, während Berlin nur in den frühen Morgenstunden schwere Sturmböden mit Regen zu verzeichnen hatte. Um 6 Uhr früh hatte das Barometer seit 24 Stunden seinen tiefsten Stand erreicht und steigt seit der Zeit wieder langsam. Wir lassen die wichtigsten Nachrichten folgen.

Helgoland, 12. Oktober. Der Nordweststurm hat hier große Zerstörungen angerichtet. Das Bollwerk auf dem Nordstrand ist teilweise zerstört und teilweise schwer beschädigt. Die Badekabinen auf dem Hafengelände wurden weggespült, die Landungsbrücke stark beschädigt. Am schlimmsten hat die Düne gelitten. Auf der Nordostseite ist ein großer Teil der Sandhügel weggerissen. Der frühere Kommandeurstab ist bloßgelegt. Der Dünenpaß ist in Gefahr. Die auf der Düne wohnenden Arbeiter des Uferschutzes mußten ihre Behausungen verlassen. Auch ein großer Teil der Badekabinen der Düne ist zerstört, ein Teil der Landungsstege weggespült. Großer Schaden wurde ferner an dem im Bau befindlichen Verlängerung der Schuhmauer an der Westseite der Insel angerichtet. Die Raugerätschaften und Maschinen sind weggespült und zerstört worden.

Hamburg, 12. Oktober. Weiter hier eingegangene Berichte lassen die schweren Schäden, die die Sturmflut angerichtet hat, immer mehr erkennen. In Büsum wurden zahlreiche Strandgüter angepöbelt, so daß man Schiffsunfälle befürchtet. Die Eider hat an zwei Stellen bei Tiefenbäumen den Damm durchbrochen. Bei Bahlhude ist ein Knecht ertrunken. Auch ist sehr viel Vieh auf den Weiden umgekommen. Im Badeort St. Peter ist die große Brücke weggerissen worden. Der Sönte-Nissen-Rog mußte wegen der Sturmflutgefahr geräumt werden. Die dortigen Deiche haben zwar der Flut standgehalten, sind aber stark beschädigt worden, ebenso die Deiche des Ceilientops. Die Eiderstedter Sommerfische sieben unter Wasser. Auch hier ist viel Vieh ertrunken und fast der ganze Wildbestand vernichtet worden. Von den Schuppen und Schauern steht kaum ein einziger noch. Bei Rödennis sind über 100 Schafe ertrunken. In Brunsbüttel ist ein großer Kran der Bunkerbohlenwerkstatt eingestürzt. Bei Leitmum (Süd) wurden zwei Anlegebrücken, die der Materialzufuhr für den Dammbau dienen, weggeschwemmt. Der holländische Dreimaster „Reptunus“, der bei Curhaven vor Anker lag, wurde abgetrieben. Über sein Schicksal liegen Nachrichten noch nicht vor. Ferner ist vor Otterndorf (Unterelbe) der ausgehende griechische Dampfer „Dnyseus“ festgeraten und hat Anker und Rette verloren. Schlepper bemühen sich, ihn freizubekommen.

Bremen, 12. Oktober. Die Sturmflut in der Sonnabendnacht und am Sonntag hat auch in der Wesermündung und in Bremen und Umgebung verheerende Schäden angerichtet. Das Roderer Feuererschiff brach seine Ankerketten und mußte binnelaufen. Das Motorboot „Julda“ kollidierte einlaufend leicht mit der Hafeneinfahrtstiefe im Freihafen II, blieb aber unbeschädigt. Der neue Dampfer „Columbus“ wurde durch den Sturm von seiner Liegestelle losgerissen, von Wandschleppern aber wieder an seinen Platz gebracht. Der Dampfer „Nord“ verlor Anker und Rette. Der Bremer Rotorsegler „Mela Johanna“ strandete bei Fredrichshafen, er konnte zwar unbeschädigt wieder abgehleppt werden, doch kam der Kapitän dabei ums Leben. Der dänische Dampfer „Prinz Knut“ treibt auf der Höhe von Amrum und fordert

Hilfe, ebenfalls der griechische Dampfer „Ishmus“, der sich auf der Höhe von Spiekerooog in Seeant befindet. Aus der Umgegend Bremens werden einige Deichbrüche gemeldet, wodurch bei Rittterhude größerer Schaden angerichtet wurde. Zahlreiches Vieh mußte in Booten gerettet werden.

Steettin, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag kurz vor 10 Uhr legte ein furchtbarer Wirbelsturm, verbunden mit Regen und Hagel, über den Westen der Stadt und richtete großen Schaden an. Der Sturm deckte in der Falkenwalder Straße mehrere Dächer teilweise ab und riß 8 starke Bäume, die wie Streichhölzer in der Mitte durchbrachen, aus dem Boden. Von einem niederstürzenden starken Baumstamm wurde eine Frau schwer verletzt, so daß sie sofort ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Der Wirbelsturm kam ganz plötzlich und mit unerhörtem Gewalt. Gleichzeitig stuteten große Regenmassen mit Hagel herab, so daß die Leute die Flucht in die Häuser ergriffen. Ein Bierkutscher wurde von seinem Wagen herabgeschleudert und erlitt ziemlich erhebliche Verletzungen.

Schwere Sturmschäden in Holland.

Der Sturm hat eine große Reihe von Opfern gefordert. Ein Heringsfänger mit 13 Mann an Bord ist wahrscheinlich schon Sonnabend im Sturm mit Mann und Maus untergegangen. Einige der Leichen wurden bereits angepöbelt, doch konnte man das Schiff trotz langen Suchens bisher nicht finden. Ein anderer Heringsfänger „Theodor“ aus Vlaardingen ist ebenfalls dem Sturm zum Opfer gefallen. Zwölf Mann der Besatzung kamen in den Wellen um. Der Fischer selbst und ein Schiffsjunge konnten sich mehrere Stunden schwimmend erhalten und wurden von dem deutschen Dampfer „Grimm“ ausgenommen. Der Junge ist an der Ertrinkung gestorben, während der Fischer schwer verwundet im Hospital Aufnahme fand. Weiter wird gemeldet, daß der polnische Dampfer „Wista“ bei Tereschelling strandete. Zwei Mann der Besatzung wurden durch die Wellen über Bord geworfen und ertranken. Die übrigen konnten von einem Schlepper gerettet werden. Man fürchtet, daß ein drittes Heringsboot von Ratwisk, das dieser Tage zurückkehren sollte, gleichfalls im Sturm untergegangen ist. In verschiedenen Teilen des Landes, besonders aus dem Ufergebiet der Maas und Merwe, werden Uberschwemmungen gemeldet. Auf der Maas hat gestern das 3256 Tonnen große Schiff „Varenberg“ den Schlepper „Dänemarten“ im Dunken überrascht. Die vier Mann starke Besatzung des Schleppers ertrank. Die Leichen der Unglücklichen konnten bisher noch nicht gefunden werden.

Außer den Schiffbrüchen haben sich noch eine ganze Anzahl weiterer Unfälle ereignet, bei denen jedoch in der Mehrzahl die Besatzungen der betroffenen Schiffe gerettet werden konnten. In der holländischen Küste zwischen Egmond und Petten sind Trümmer des Fischkutters N. W. 103 angepöbelt worden, so daß man auch über das Los dieses Schiffes ernst besorgt ist. Der Sturm war hier so heftig, daß das Leuchtschiff Tereschellingener Bank von seinem Ankerplatz losgerissen wurde. Nach großen Anstrengungen gelang es, das schwerbeschädigte Schiff in den Hafen von Nieuwe Diep einzuschleppen. In Den Helder erreichte der Sturm eine Stärke von 32 Sekundenweitem, die höchste Hiffer, die jemals an diesem Platz verzeichnet worden ist. In Groningen ereignete sich ein eigenartiger und seltsamer Unglücksfall. Durch das heftige Sturmweitem wurden auf dem Heerenweg mehrere Bäume entwurzelt, von denen einer auf ein gerade vorüberfahrendes Privatautomobil fiel; das Auto wurde schwer beschädigt. Von den fünf Insassen wurden zwei Damen und ein Herr schwer und zwei Herren leicht verletzt.

Der städtische Nachtragsetat verlegt.

Nach langen Beratungen am gestrigen und heutigen Vormittag ist der städtische Haushaltsausschuß schließlich doch zu einer Vertagung des Berliner Nachtragsetats gekommen. Man war sich zwar auf allen Seiten nach eingehender Beratung darüber im Klaren, daß die Ausgaben des Nachtragsetats in voller Höhe eingeseht werden müssen. Ueber das Kernstück der Vorlage aber, nämlich über die stärkere Heranziehung der Straßenbahn zur Deckung der städtischen Ausgaben, konnte eine endgültige Beschlußfassung noch nicht ermöglicht werden. In die Debatte spielte sehr peinlich der Gegensatz zwischen dem Oberbürgermeister und dem Stadtkämmerer Dr. Karding hinein. Oberbürgermeister Böß hält es offenbar für möglich, den Fehlbetrag aus Erhöhung der Steuereinnahmen zu decken, was aber eigentlich von allen Seiten abgelehnt wird. Trotzdem ist aber eine starke Stimmung dafür vorhanden, die Neuregulierung des Straßenbahnars nur im Zuge einer Gesamtreform der Berliner Verkehrsunternehmen vorzunehmen. Freilich ist das eine Lösung, die sich nicht von heute auf morgen herbeiführen läßt. So kam man schließlich zur Vertagung des Nachtragsetats und beschloß nur, die Finanzierung der U.E.B.-Schnellbahn auf dem Anleihewege vorzunehmen. Dadurch sind die entsprechenden Beträge von jährlich 10 Millionen Mark, die bisher die Berliner Straßenbahn beibringen sollte, zur anderweitigen Verwendung freigegeben. Indirekt liegt also in dieser Entscheidung des Haushaltsausschusses bereits die Vorwegnahme der Entscheidung über einen wichtigen Teil des Nachtragsetats. Der Kämmerer wollte für das laufende Jahr allerdings 17 Millionen aus der Einnahme der Straßenbahn entnehmen. Man glaubt in der Stadtkämmerer-Temperatur, daß eine Beschränkung auf 10 Millionen Mark eine Tarifserhöhung vermeidbar macht. Allerdings sind alle diese Fragen im Augenblick noch unentschieden. In der nächsten Woche soll der Haushaltsausschuß noch einmal zusammentreten.

Großfeuer in Köpenick.

Eine Villa nahezu ausgebrannt.

Ein Großfeuer beschäftigte in der vergangenen Nacht die Feuerwehren von Köpenick, Grünau und Schmöckwitz am Schillerplatz 2 in Köpenick. In einem größeren Landhaus am Schillerplatz 2, in der Nähe vom Wendenschloß, das im Parterre fünf und im Hochgeschloß 4 Zimmer umfaßt, war kurz nach 1/2 2 Uhr in einer Dachkammer Feuer ausgebrochen. Auf den Alarm eilten die Wehren zur Hilfeleistung herbei, bis zu deren Eintreffen aber kostbare Zeit verging. Das Feuer fand an dem trockenen Gehalt reiche Nahrung und breiete sich mit großer Schnelligkeit aus. Die Flammen griffen auf die Wohnzimmer über, so daß die Wehren die obere Haushälfte ganz in Flammen eingehüllt vorfanden. Es wurde sofort aus drei Rohren höchsten Kalibers Wasser gegeben. Trotzdem gelang es, weder den Dachstuhl noch das Obergeschloß zu retten. Alles wurde ein Raub der Flammen. Besonders ungünstig für die Löschaktion gestaltete sich der starke Wind, der das Feuer immer wieder entzündete. Nach angestrengter mehrstündiger Tätigkeit gelang es, das Feuer zu löschen. Der untere Teil des Hauses blieb vom Feuer verschont. Erst in den heutigen Vormittagsstunden, gegen 9 Uhr, wurden die Aufräumungsarbeiten beendet. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Ein nicht alltägliches Feuer kam heute morgen gegen 6 Uhr auf einem Schleppdampfer, der an der Charlottenburger Schkeufe vor Anker lag, zum Ausbruch. Der Dampfer bildete in

wenigen Minuten im Innenraum ein Flammenmeer. Das Personal konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Dem herbeigerufenen Moabitler Bootschiff 15 und dem Feuerlöschboot II, das im Westhafen stationiert ist, gelang es, den Brand nach längerem Wassergeben zu löschen.

Bürgerliche Fäntereien.

Die Verhandlungen über die Ergänzung des Berliner Magistrats bringen manche Leute dazu, aus ihrem Herzen keine Würdiger zu machen. So schreibt die „Germania“ heute bei einer Besprechung dieser Dinge über die Bundesbrüder von der demokratischen Fraktion mütlich folgendes:

„Die Demokraten werden eine Extratour tanzen. Der Führer der Demokraten Merian wartet schon lange auf die Gelegenheit, sich selbst die Krone aufsetzen zu können. Nun ist aber kaum ein Mann den übrigen Parteien im Rathaus so wenig sympatisch als gerade er, da er seine Fraktion nur zu häufig auf Winkel und Schachzüge verleiht hat, die von anderen durchschaut, und deshalb fehlsingen. Die Gefahr ist vorhanden, daß sich dieses oft geschaut Schauspiel schon in Bälde wiederholt, wenn Herr Merian den Plan der Teilung der obersten Schulratsstelle vortreibt und sich dabei zu sehr in den Vordergrund schiebt. Was den Nachfolger Kardings betrifft, so ist nach wie vor Dr. Lange, der Steuerdirektor, der Favorit. Da auch er Demokrat ist, erhält die Partei ohnedies im Magistrat einen ziemlich bedeutenden Nachzügler. Schließlich ist auch noch der Baurat Heiligenthal, der für den Posten des Oberbaurates in Frage kommt, ebenfalls Demokrat. Höher als das Parteinteresse liegt aber die Berufseignung der Bewerber. Es wäre erfreulich, wenn die Frage der beruflichen Qualitäten der Bewerber endlich einmal in den Vordergrund gehoben würde!“

Wie wäre es, wenn die bürgerlichen Mittelparteien sich entschließen könnten, sich etwas weniger lächerlich zu machen, als es durch dieses Gezüng geschieht?

Verlängerung der Polizeistunde?

Ein Berliner Mittagsblatt bringt die Nachricht von einer Verlängerung der Polizeistunde, die von der nächsten Woche ab in Kraft treten soll. Es wird weiter gesagt, daß diese Neuregelung wichtige Erweiterungen mit sich bringen, und daß dadurch die Ausbehnung des Fahrplanes für die öffentlichen Verkehrsmittel nötig sei. Wie wir jedoch von zuständigen Stellen erfahren, ist bisher ein Termin für die Verlängerung der Polizeistunde weder in Aussicht genommen, noch festgelegt. Den Anlaß zu der Notiz dürfte lediglich eine Erklärung des Ministers des Innern, Genossen Graesink gegeben haben, der seinerzeit als Polizeipräsident gelang hatte, daß er für eine Erweiterung der bisherigen 1-Uhr-Polizeistunde einträte.

Zugzusammenstoß in Bremen.

Bremen, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag nachmittag kam es in Bremen auf einem nahe bei der Stadt gelegenen Bahndamm zu einem Zugzusammenstoß. Der mit einer Viertelstunde Verspätung in Bremen eintrifftende Personenzug von Wilhelmshaven fuhr mit gewaltigem Krach auf einen Arbeitszug auf, wobei die Lokomotive des Personenzuges aus den Schienen sprang und teilweise zertrümmert wurde. Auch der Gepäckwagen und ein Personenwagen entgleiten und wurden erheblich beschädigt, während zwei Wagen des Arbeitszuges gleichfalls aus den Schienen sprangen und zertrümmert wurden. Wie durch ein Wunder kamen die meisten Fahrgäste des Personenzuges mit dem Schrecken davon.

Noch immer Lohnabbau!

Schiedsgerichte im Baugewerbe.

Vor dem zentralen Schiedsgericht für das Baugewerbe waren zum 10. Oktober in Berlin Verhandlungen angehängt für die Bezirke Pommern und Rheinland. In Pommern hatten die Unternehmer vor allem in den kleineren Orten des Bezirks die Wirtschaftskrise zum Lohnabbau benutzt. Sie bauten die Löhne ab, ohne sich um irgendwelche Tarifvorschriften zu kümmern. Zur Beschönigung ihrer Tarifbrüche führten sie an, in den unteren Lohnklassen des Bezirks bestöhe überhaupt keine Lohnabnahme mehr. Der Unternehmensyndikus, der eine schlechte Sache zu vertreten hatte, spielte vor dem Schiedsgericht keine beneidenswerte Rolle. Er mußte sich sogar nachhaken und nachweisen lassen, daß er vor einem pommerschen Amtsgericht einen Ausspruch des Vorsitzenden vom zentralen Schiedsgericht vollkommen verdrängt hatte, um nur der schlechtesten Sache der Unternehmer zu dienen.

Nach langer Beratung entschied das zentrale Schiedsgericht, für die strittigen Lohngruppen I, II und III sei durch die Schiedsgerichte des zentralen Schiedsgerichtes vom 1. Juni 1926 und vom 15. Juni 1926 an dem vor dem 1. Juni bestehenden tariflichen Verhältnis nichts geändert. Damit war der Tarifbruch der Unternehmer schwarz auf weiß beschleunigt. Die früher für Pommern festgesetzten Löhne bestehen nach wie vor zu Recht.

Hierauf wurde über das Rheinland verhandelt. Die Unternehmer des Rheinlandes waren durchaus nicht bescheiden. Sie verlangten Lohnabzüge bis zu 24 Pf. je Stunde, während die Arbeitervertreter Lohnzulagen beanspruchten. Nach langer Beratung fiel in der zehnten Abendstunde der Schiedsspruch. Für die Kreise Eussirchen, Rheinbach, Schleiden, Sieglkreis, Geislar, Hachen, Düren, Jülich, Erkelenz und Heinsberg wurde der Stundenlohn der Maurer um 3 Pf., der Bauhilfsarbeiter um 2 bis 3 Pf. abgebaut. Der Tiefbauarbeiterlohn bleibt bestehen. Vor allem sind von dem Lohnabbau ländliche Bezirke getroffen, in denen auch der christliche Bauarbeiterverband namhafte Mitgliederbesitz hat. In den übrigen Bezirken, darunter das gesamte Großstadtgebiet des Rheinlandes, bleiben die alten Löhne bestehen.

Der Lohnabbau in den genannten Gebieten ist völlig sinnlos. Auch nicht eine Hundehütte wird dadurch mehr gebaut werden. Nur die Bauunternehmer werden einen größeren Profit einstecken. Das zentrale Schiedsgericht sollte sich aber endlich einmal den Ausspruch des Blattes der deutschen Schwerindustrie, der „Deutschen Bergwerkszeitung“ (Nr. 226) zu eigen machen, worin ausgeführt wird, für die Hebung der deutschen Wirtschaft sei der Inlandsmarkt ausschlaggebend. Solange man nicht die 60 Millionen ständiger Kunden im eigenen Lande, die alle ernährt, gekleidet, behausung werden müssen, wieder tauffähig macht, solange bleibe das „Ankurbeln der Wirtschaft“ eine hohle Phrase.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter.

Wieder Zunahme der Streikenden.

London, 12. Oktober. (E.P.) Grubenbetriebe Coal hielt gestern eine Rede in Aylesford, worin er erklärte, er habe gute Gründe anzunehmen, daß die Hefenarbeiter und die Eisenbahner sich demnächst weigern würden, die ausländischen Kohletransporte auszuladen oder zu befördern (?). In den Grafschaften Leicesters und Worcester ist gestern ein Teil der Arbeiter, die die Arbeit wieder aufgenommen hatten, neuerdings in den Streik getreten, so daß gestern die Zahl der Arbeiter in den Gruben kleiner war als am Sonnabend. Eine der Gewerkschaften, des Sicherheitspersonals, die 2000 Mitglieder zählt, wird heute in London zusammenzutreten und darüber beraten, ob sie sich dem Streik anschließen soll oder nicht. Gestern wurden die Mitglieder ihres Vollzugsausschusses vom Arbeitsminister empfangen.

Die Regierung wartet ab.

London, 12. Oktober. (Ill.) Die Kohlenkommission hält heute eine Sitzung ab, an der der Ministerpräsident teilnehmen wird. Beschlüsse sind nicht zu erwarten. Man wird das Ergebnis der neuen Direktivbestimmung über die Zurückziehung der Kohlenarbeiten aus den Gruben abwarten, deren Ausgang mit der am Donnerstag stattfindenden neuen Sitzung der Bergarbeiter-Exekutive fällig ist. Die Regierung hält sich in Bereitschaft, dringende Schutzmaßnahmen zu treffen, wenn durch die etwa Tausende werdende Zurückziehung die Gruben in Gefahr geraten, zu erlaufen.

Handelsministerium für Innungsplunder.

Gegen den Willen der Unternehmer und Arbeiter.

Die Unternehmer der kleinen Betriebe für Wäscheherstellung sind seit Jahren bemüht, herbeizuführen, daß alle Betriebe dieser Branche der Innungsgehegung unterstellt werden. In einigen kleineren Bundesstaaten ist das auch gelungen; in Preußen dagegen bisher nicht. Diese Veruche sollen nach Mitteilungen von Vertretern der Innung in letzter Zeit zu dem Ergebnis geführt haben, daß ein Erlaß vom preussischen Handelsministerium beabsichtigt, monoch den Wünschen der Innungsanhänger entsprochen und die Betriebe der Wäscheherstellung unter die Gehegung gestellt werden.

Es ist überraschend, daß die zuständige Gewerkschaft, der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband, bisher durch das Ministerium überhaupt nicht gehört worden ist. Will man etwa unter Ausfaltung der Gewerkschaften solche Maßnahmen durchführen?

Sollte das geschehen, dann würde das praktisch bedeuten, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Lehrlinge sicher eine Verschlechterung erfahren, denn die Treiber für die Bildung von Innungen in dieser Branche wollen damit doch nur erreichen, daß sie ein Privilegium für die Lehrlingsausbeutung erhalten, mit längerer Lehrzeit als heute üblich, mit ungünstigeren Entschädigungsfähigen und Ferienbestimmungen, ungünstigerer Arbeitszeit und vielfach ungünstigeren Arbeitsräumen.

Nicht nur vom sozialen und wirtschaftlichen Standpunkt der Beschäftigten, auch vom sachlichen Standpunkt liegt kein Bedürfnis vor, weil heute schon die Lehrlingsausbildung durch die tarifliche Regelung gewährleistet ist, jedenfalls besser, als es unter der Innungsgehegung möglich wäre.

Hinzu kommt, daß auch die maßgebenden Unternehmerorganisationen sowie alle bedeutenden Firmen der Branche das Innungswesen für diese Branche ablehnen und insofern zwischen den Gewerkschaften und den maßgebenden Unternehmerorganisationen und Firmen in dieser Frage Übereinstimmung besteht. Wenn trotzdem das Ministerium für Handel und Gewerbe durch einen Erlaß das Innungswesen für diese Betriebe anordnen sollte, dann würde es damit gegen den Willen der großen Mehrheit der Beteiligten in der Branche handeln und nur Vorrechte für eine kleine Gruppe rückständiger Kleingewerbetreibender schaffen.

Dazu kommt, daß nach neuerlichen Meldungen der Gesetzgebung über die Berufsausbildung an das Reichskabinett gegangen ist und es sich auch deshalb nicht empfehlen wird, störend hierin einzugreifen. Die Regelung des Lehrlingswesens für die Wäscheherstellung muß, wie bisher, der tariflichen Regelung der beteiligten Organisationen vorbehalten bleiben.

Textilarbeiterinnenkongress.

K. W. Sch. Gera, 12. Oktober. Am Montag früh wurde hier im Zentrum der mitteldeutschen Textilindustrie der erste Kongress der im Deutschen Textilarbeiterverband organisierten Frauen eröffnet. Weit über eine halbe Million Textilarbeiterinnen sind auf dem Kongress durch 400 Delegierte vertreten.

Der Vorsitzende des Verbandes, Jäckel-Berlin, begründete einleitend die besondere Notwendigkeit eines Arbeiterinnenkongresses. Dieser Kongress ist der erste große Arbeiterinnenkongress, der überhaupt stattfindet. Leider sei das Reichsarbeitsministerium nicht vertreten. Hier dürfte doch wohl eine Verkennung der Wichtigkeit der Konferenz vorliegen. Es genügt nicht, aus den Protokollen zu lesen, hier wäre einmal eine Gelegenheit für das Reichsarbeitsministerium gewesen, wirklich unter Arbeiterinnen zu weilen.

Eine lange Reihe von Vertretern staatlicher und städtischer Behörden schlossen sich den Begrüßungsworten an. Genosse Dr. Riese von der Reichstagsfraktion der SPD. betonte u. a., daß mancher Erfolg bezüglich des Schwangerschutzes nur der Aktivität des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu verdanken sei. Er kritisiert mit scharfen Worten das Fernbleiben des Reichsarbeitsministeriums und weist darauf hin, daß diese Behörde keine Abstinenz gezeigt habe bei dem Beluche mehrerer konfessioneller Kongresse, gerade in letzter Zeit.

Das erste große Referat hält Frau Dr. med. Dietrich-Dresden, über den besonderen

Schutz der Textilarbeiterinnen gegen die Gefahren der Erwerbsarbeit.

Ihre fachärztlichen Ausführungen schloß sie mit einer Reihe von Forderungen, deren Verwirklichung im Bereiche des Möglichen liegen; u. a. Erweiterung des Schwangerschutzes, und zwar: vom fünften Monat ab Reduzierung der Arbeitszeit auf sechs Stunden. Während der letzten drei Monate gänzliches Fernbleiben von der Erwerbsarbeit. Die dreifache Belastung der schwangeren Arbeiterin durch Hausarbeit, Schwangerschaft und Beruf erforderten eben ganz besondere Schutzmaßnahmen. Als großes Ziel stellt die Referentin die Befreiung des Weibes von der Berufsarbeit bis zum 18. Jahre auf.

Als zweite Rednerin sprach Frau Elise Riewiera, Gewerbeinspektorin. Sie behandelte die physiologische Einstellung der Textilarbeiterin zur Erwerbsarbeit. Sie zeigt, daß die Textilarbeiterin schon vom Standpunkte der Kulturentwicklung aus ganz besonders mit der Verarbeitung von Textilrohstoffen verwahten sei. Die ganze Entwicklungsgeschichte der Frau zeige sie. Auch als Schöpferin bei der Verarbeitung pflanzlicher Rohstoffe. Es gebe deshalb in der Textilindustrie im Grunde genommen nicht eigentlich ungelernete Arbeiterinnen. Ihre Arbeit sei weniger Erwerb, neige mehr dem Berufe im eigentlichen Sinne des Wortes zu. Deshalb sei es der Arbeiterin in der Textilindustrie mehr als in einer anderen Branche möglich, den Konkurrenzkampf bezüglich der quantitativen Leistung mit dem Ranne aufzunehmen. Das große Ziel müsse sein, die Frauennarbeit in der Textilindustrie wieder zur Freude für die Arbeiterinnen zu gestalten, ein Weg, dessen Verwirklichung lediglich durch das Mittel der Organisation in den Bereich der Möglichkeit gerückt würde.

Demonstration der Textilarbeiterinnen.

Gera, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag nachmittags 1/4 4 Uhr, eine Stunde vor Arbeitschluss, wurde von den männlichen und weiblichen Arbeitern in sämtlichen Geraer Textilbetrieben die Arbeit niedergelegt. Aus allen Fabriken strömten Tausende herbei. Aus allen umliegenden größeren und kleineren Städten waren weitere Tausende von Textilarbeitern und -arbeiterinnen auf den beiden Bahnhöfen der Stadt angekommen. Unter Vorantritt mehrerer Musikkapellen folgte ein gewaltiger Zug durch die Straßen der Stadt in Bewegung, ein noch nie gesehenes Ereignis für die Thüringer Mittelstadt. Der große Marktplatz war nahezu von dicht gedrängten Arbeitern angefüllt. Ein Wald von roten Fahnen und Transparenten wogte über den Köpfen. „Die Reichsregierung bleibt stumm zu unseren Forderungen.“ Schaff kommunale Kinderheime.“ Herzliche Beratungsstellen in Großbetrieben.“ „Befreiung der Frau aus dem Joch kapitalistischer Erwerbsarbeit.“ Das waren die Forderungen, die die 8000 Arbeiterinnen auf ihren Schildern den insgesamt 12 000 Demonstranten und der ungezählten Menge von Neugierigen mitteilten. Die ganze Not einer halben Million Textilarbeiterinnen konzentrierte sich gleichsam in dieser übermächtigen Kundgebung, in deren Mittelpunkt drei Ansprachen standen, die in den Herzen der Teilnehmer neue Kampfesfreude für das große Werk der Befreiung der Arbeiterinnen und der Arbeiterklasse überhaupt auslösten.

Wirtschaft

Wo bleibt das Reichsmilchgesetz?

Genossin Rathilde Wurm schreibt uns:

Unter der Ministerchaft des deutschnationalen Grafen Kanitz war am 6. Juni 1924 eine Verordnung zur Verringerung der Regelung des Verkehrs mit Milch erlassen worden, die im wesentlichen die zwangswirtschaftlichen Bestimmungen über die Milchverteilung aufhob, doch den Gemeinden das Recht belieh, den Handel mit Vollmilch, Magermilch und Sahne von einer besonderen Erlaubnis abhängig zu machen, wodurch ihnen die Möglichkeit verblieb, im Interesse der Volksgesundheit die Milch samohl auf ihre Beschaffenheit zu prüfen, als auch ihre hygienisch einwandfreie Behandlung zu erzwingen.

Solange diese Regelung bestand, drängten die Milchvieh haltenden Landwirte unablässig um ihre Aufhebung mit der Begründung, sie sei die Ursache für die allerdings ungeheure Spanne zwischen Produzenten- und Konsumentenpreis. Der Handel spannte den Faden sofort weiter und forderte im Interesse des Schutzes des Verbrauchers die grundsätzliche Ausschaltung jeder gemeindlichen Regelung der Milchversorgung.

Gegenüber diesen volkshädigen Bestrebungen beantragte die Sozialdemokratie im Reichstag, Juni 1925, die Regierung möge schleunigst einen Reichsmilchgesetzentwurf vorlegen und die obgenannte Verordnung nicht eher aufheben, als bis ein Reichsmilchgesetz in Kraft getreten sei. Doch bevor dieser Antrag zur Verhandlung kam, gab der Landwirtschaftsminister dem Drängen der Interessenten nach und hob am 4. Juli 1925 obige Verordnung auf. Einige Regierungs- und Polizeipräsidenten, denen das Wohl der Bevölkerung am Herzen lag, so z. B. der Regierungspräsident von Arnberg, Genosse König, hatten 1924 und 1925 Polizeiverordnungen im Sinne der obgenannten Verordnung erlassen. Das gleiche taten einige Magistrate, sehr zum Verdruß des örtlichen Milchhandels, der darin eine Schädigung seiner privatwirtschaftlichen Interessen erblickte.

Inzwischen traten besonders im Sommer 1925 in verschiedenen Orten Typhuserkrankungen epidemisch auf, die sich nachweislich auf Milchinfektionen zurückführen ließen. Ärzte, Weltwirte, der Deutsche Städtebund forderten einmütig ein Reichsmilchgesetz auf wohlfahrtspolizeilicher Grundlage, das der Bevölkerung die Sicherheit des Genusses einwandfreier und vollwertiger Milch gewährleisten sollte. Die Reichsregierung blieb gegenüber dieser Forderung taub, der Reichstag lehnte mit Mehrheit den Antrag der Sozialdemokratie ab, obwohl in den Städten, in denen eine Milchkontrolle nicht bestand, eine ständige Zunahme der Beanstandungen wegen Abrahmung, Wässerung oder Schmutzgehalt durch Entnahme von Proben nachgewiesen wurde, indes überall dort, wo die Milch ganz oder zum größten Teil durch eine städtische Milchzentrale ging, Beanstandungen nur in verschwindendem Maße vorkamen. Nun aber soll auch den Städten, die bis heute noch den Konzeptionszwang für den Milchhandel aufrechterhalten haben, dieses Recht entzogen werden auf Grund einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, das am 23. September d. J. die Verordnung des Magistrates der Stadt Dortmund und die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten von Arnberg für rechtsungültig erklärt. Die rechtliche Begründung des Urteils steht zurzeit noch aus. Aber wie sie auch ausfallen mag, so muß doch jetzt für die Reichsregierung, insbesondere für das Reichsernährungsministerium, der Zeitpunkt des Handelns endlich gekommen sein. Daselbe Ministerium, das in der Frage des Zuckergalles außerordentlich eilig, und in ganz unangebrachter Weise die öffentliche Meinung zugunsten der Zuckerindustriellen und der Zuckerrübenbauer zu beeinflussen sucht, würde weit besser seine ernährungspolitischen Aufgaben erfüllen, wenn es zur Sicherung der Volksgesundheit die Beseitigung der Bevölkerung mit einwandfreier Milch durch schnelle Einbringung eines Reichs-gesetzes herbeiführte.

Besserer Geschäftsgang in der Fleischwarenindustrie. Laut Mitteilung des Reichsverbandes der deutschen Fleischwarenindustrie hat die Belebung des Marktes in Fleischwaren, über die bereits im vergangenen Monat berichtet wurde, dank der günstigen Witterung und der mit der Besserung des Arbeitsmarktes, insbesondere in den Industriegebieten, zusammenhängenden Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung auch im September angehalten, so daß im allgemeinen ein befriedigendes Einsehen des Herbstgeschäftes festzustellen werden kann. Die Läger der Rohwurstfabriken sind im großen und ganzen geräumt. Da auch der Handel kaum über große Läger verfügt, waren Anfragen und Aufträge gut, so daß im allgemeinen voll gearbeitet werden konnte. Die Rohmaterialversorgung an sich bot keine Schwierigkeiten, da auf den Hauptmärkten und in den Viehprovinzen genügend Vieh zu kaufen war. Auch die Qualität des aufgetriebenen Viehes genügte den Erfordernissen.

Internationale genossenschaftliche Tagung in Hamburg. In der Woche vom 11. bis 17. Oktober treten der Leitende Ausschuss und die Exekutive des Internationalen Genossenschaftsbundes in Hamburg in den Räumen der deutschen Genossenschaftszentralen zu wichtigen Sitzungen zusammen, an die sich Besprechungen verschiedener Sonderausschüsse anschließen. Die Tagesordnung umfaßt vor allem organisatorische Fragen. Daneben will man den ausländischen Gästen auch ein Bild von den Leistungen der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung geben.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geiser; Wirtschaft: Arthur Gattermann; Genossenschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: A. A. Schäfer; Politik und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

Magenbeschwerden
aller Art
auch Sodbrennen, Aufstossen
besiegt schnell und sicher
Apotheker Schuh's Magenwein
Fordern Sie nur diese Marke in den Apotheken und Urogerien.
Zu haben in allen Apotheken.
Dortselbst ist auch das bestens empfohlene Mittel gegen Arterienverkalkung
CORDOL
zu haben, sowie alle homöopathischen Mittel
Weitere Verkaufsstellen siehe nach C. Schmittner & Co., Berlin-Wilmersdorf, Nabelsberger Straße 2. — Pilsener 4074 und 3-90

Rasierklänge.
„Strenzel's Feingold“ (früher Dettlaff)
Sie immer anerkannt beste, für erwachsene Selbstrasierer, 9 Ritzel L. Ihr Fachgeschäft u. gebietet, besitzt diese Ritzel eine Feinheit d. Schmittes, die geradezu verblüffend meist Feil. Koh- u. Dantlaffs, beweisen die verblüffende Qualität. In 800 Schälchen Groß-Bezirke erhältlich, nur nicht beim Feil. S. Strenzel, Berlin 39, Taborstr. 12. Preis pro Ritzel 10 Ritzel 3.25 RM, dabei 1 Rasierapparat ab. Größe od. Ritzelzahl gratis.
Nur der Stempel
Original Beloma
bürgt für die Echtheit unserer verbesserten, elastischen u. geräuschlos.
Patent-Ketten-Matratze
Patentamtlich geschützt Nr. 876 999.
Für schwere Belastung. Überall erhältlich.
20 Jahre Garantie
Berliner Feder-Matratzen-Fabrik
Berlin O 27, Kranstr. 4-5

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engrospreisen. Eigene Fabrikate in gediegener Ausführung kaufen Sie in großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulte
Nonbijoustr. 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt.
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Der einzige Trost im Lebenskampf ist ein Likör der Firma Krampf!
Cherry Brandy, Abtei, Curacao usw. Fl. 3.00 und. 2.50
Weinbrand, hochfein 3.40
Weinbrand, Verschnitt 2.40
Aquaavit 2.20
Jamaika-Rum, Verschnitt, 40% 3.50
Jamaika-Rum, Verschnitt, 45% 4.00
Roh-Wein Fl. 1.00 an mind. 200
Weiß-Wein 80 u
Pepsin-Weine n. d. dtschn. Arzneibuch Fl. 1.50
Carmenola, vorz. St. Kräftungswein 1.40
Johannbeerwein Liter 05 Pf.
Griech. Muskat-Wein, feurig vollst. 1.20
Taragona, hochfeine Qualität 1.30
E. Krampf Nfig. Gegründet 1868
Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 42. Königsstadt 833.
Warschauer Straße 15. Königsstadt 6062.
Schöneberg, Grunewaldstraße 20. — Stephan 779.
Wilmersdorf, Lauenburger Straße 1. — Umland 6947.
Kostproben gratis. Größere Bestellungen frei Haus.

Der gute Kapitän-Kaufabak
in der besten Segel- und Segelwaren-Handlung
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22. KgSt. 3861

Blumenspenden
jeder Art
lieft preiswert
Paul Gollets
norm. Robert Meyer,
Mariannenstraße 3
Cde. Kommandanten-Platz
Kmt. Westpt. 10003

Krause-Pianos
zu
Miete
Ansbacher Str. 1.
Krause-Pianos

Bleyle's
Strickkleidung für Herbst und Winter.
Westen für Herren, Damen, Kinder.
Knaben-Anzüge. Schul- u. Anknöpfhosen.
Sweater für Knaben und Mädchen.
Faltenröcke. Reformhosen u. Schlüpfer.
Original-Listen-Preise. — Katalog gratis.
August Berg, Uhlandsraße 167
Spezialgeschäft für Wollwaren.

Photoapparate, Feldstecher
kaufen sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98